

Hilfe für Menschen aus der Ukraine

Am 24. Februar begann der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine. 25.000 Menschen haben seitdem Zuflucht in Sachsen-Anhalt gefunden. DIE LINKE fordert, ehrenamtliche Initiativen in der Flüchtlingshilfe finanziell besser zu unterstützen!

– Seite 5



Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in der Ukraine, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, Corona und anhaltende Dürren setzen allen arg zu. Während Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, Studierende und Rentner:innen immer weniger im Geldbeutel haben, streichen einige Konzerne enorme Gewinne ein. Das ist inakzeptabel! Wir wollen die Krisengewinner zur Kasse bitten und an den gesellschaftlichen Kosten der Krise beteiligen.

In Sachsen-Anhalt ist jedes vierte Kind armutsbetroffen. Ihnen könnte mit diesem Geld eine Kindergrundsicherung gezahlt werden. Mit dem Geld könnte der ÖPNV nach Ablauf des 9-Euro-Tickets preiswert bleiben. Mit diesem Geld könnten wir Krankenhäuser in staatliche Hand zurückholen und Pflegekräfte besser bezahlen. Die Liste der Probleme ist lang – aber die Fraktion DIE LINKE geht sie an! Wir sind auch für Sie ansprechbar.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer,

Ihre Eva von Angern



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende



Größte Sorge Inflation: DIE LINKE fordert schnelle Entlastung

Verunsicherung macht sich breit: Angst vor weiterer Verschärfung des Ukraine-Kriegs, Angst vor sozialen und wirtschaftlichen Folgen, Angst vor Armut. Eine dreifache Mutter, alleinerziehend und auf Hartz IV angewiesen, erzählt wie sehr ihre Familie unter den aktuellen Preissteigerungen leidet.

» Seite 2 & 3

Armut in Sachsen-Anhalt: »Ich wünsche mir, dass es meinen Kindern einmal besser geht.«

Die Preise für Energie und Lebensmittel gehen durch die Decke, die Inflation in Sachsen-Anhalt liegt bei über 8 Prozent! Energiekosten sind um fast 40 Prozent gestiegen, Lebensmittelpreise um über 11 Prozent. Während die Preise für Verbraucher:innen in den Himmel schießen, stagnieren die Löhne und Hartz-IV sichert nicht einmal das Existenzminimum. Die angekündigte Hartz-IV-Sonderzahlung ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, die geplante Rentenerhöhung von 6,12 Prozent im Osten ist bitter nötig, aber keine

Lösung. Fakt ist: Die Regierung hat keinen Plan, wie sie das grassierende Armutproblem in den Griff kriegen will.

Angst und Verunsicherung machen sich breit. Angst vor einer Eskalation des Ukrainekriegs, Angst vor den sozialen Folgen, Angst vor Armut. Wir möchten wissen, was die Preisexplosion im Alltag bedeutet und haben mit einer Frau gesprochen, die nicht weiß, ob das Geld bis Monatsende reicht.

Wir treffen Katja Gröber aus Magdeburg. Die 32-Jährige er-

wartet in wenigen Monaten ihr viertes Kind. Seit Jahren kämpft sie sich und ihre Kinder mit Hartz IV und Unterhaltsvorschuss durch's Leben.

»Ich bin Überlebenskünstlerin, aber ich komme an meine Grenzen.«

- Katja Gröber

»In meiner Familie war das Geld nie üppig. Ich komme aus einer Großfamilie, habe fünf Geschwister«, erzählt sie uns. Nach der Schule habe sie eine Ausbildung begonnen. »Dann wurde ich schwanger und zog mit meinen Eltern von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt. Ich war damals erst 17«. Eine zweite Ausbildung musste sie abbrechen, als sie ihre Zwillinge erwartete. Als

Alleinerziehende und ohne abgeschlossene Ausbildung hat sie es schwer auf dem Arbeitsmarkt. »Viele Jobs kommen für mich schon wegen der Schichtarbeit nicht infrage. Ich muss mich ja auch um die Kinder kümmern.«, erklärt sie. Spaß gemacht habe ihr eine Maßnahme vom Jobcenter als Fahrer:in für einen Hausratsservice. Sie hofft, so etwas irgendwann einmal dauerhaft machen zu können, zumindest in Teilzeit.

Wir möchten wissen, was sich seit der gestiegenen Inflation für sie geändert hat.

»Ich bin Überlebenskünstlerin, aber ich komme an meine Grenzen. Ich musste schon immer sehr aufs Geld achten, Angebote vergleichen, aber seit die Preise so angestiegen sind, reicht das Geld oft nicht bis Monatsende. Dann gibt es Dosensuppen. Manchmal bekomme ich Unterstützung von Freunden. Kinderkleidung und Spielsachen habe ich von meiner Mutter erhalten. Ohne Hilfe würde es kaum gehen. Es ist wirklich hart.«

Der alltägliche Überlebenskampf geht nicht spurlos an den Kindern vorbei. »Meine Zwillinge hatten sich so sehr auf das Feriencamp gefreut, aber die 160 Euro habe ich leider nicht übrig. Das sind so schmerzhafteste Momente:

Zu sehen, wie traurig die Kinder dann sind.« Wir wollen aushelfen, das Geld aus dem Solidfonds der Fraktion bezahlen. Aber wenig später wird sich herausstellen, dass es keine freien Plätze mehr gibt. Zu Spät. Neue Handys oder ein kurzer Familienurlaub sind finanziell ohnehin nicht drinnen.

Zum Schluss wollen wir wissen, was sie sich für die Zukunft wünscht. Katja Gröber antwortet ohne zu überlegen: »Dass es



Katja Gröber ist es gewohnt, dass das Geld knapp ist – doch die heutigen Zeiten stellen auch sie vor neue Herausforderungen

meinen Kindern einmal besser geht.«

»Kein Kind hat es verdient und schon gar nicht selbst verschuldet, in Armut aufwachsen zu müssen.

- Eva von Angern

Für Eva von Angern, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, ist Armutsbekämpfung eine Herzensaufgabe. Ein besonderes Augenmerk legt sie dabei auf Kinderarmut. Deshalb hat sie mit vielen Vereinen, Verbänden und anderen Parteien vor fünf Jahren das Netzwerk gegen Kinderarmut ins Leben gerufen.

»Die Tatsache, dass wir mehr als jedem vierten Kind in Sach-

sen-Anhalt Chancen auf eine sorgenfreie Kindheit und gute Zukunft verbauen, macht mich fassungslos. Es ist eine Schande für Sachsen-Anhalt und für Deutschland, dass hier 4,4 Mio. Kinder armutsbetroffen sind. Kein Kind hat es verdient und schon gar nicht selbst verschuldet, in Armut aufwachsen zu müssen.«

Die Politik schaut seit Jahren tatenlos zu, anstatt zu handeln. Warum? »Arme Familien, insbesondere alleinerziehende Frauen und Kinder, haben keine starke Lobby in den Parlamenten.«, erklärt Eva von Angern. »Sie haben keine wirtschaftliche Macht, wenig Kaufkraft. Wer könnte es einer alleinerziehenden Mutter verübeln, dass sie neben dem

täglichen Überlebenskampf und Spagat zwischen Job und Kindern nicht auch noch die Kraft hat, sich politisch zu engagieren, sondern abends erschöpft auf ihrer Schlafcouch im Wohnzimmer einschläft? Deshalb ist es unsere Aufgabe, ihr und allen anderen Armutsbetroffenen eine starke Stimme in der Politik zu geben.«

Immerhin wird über Armut in Deutschland wieder vermehrt geredet. Unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen haben tausende Armutsbetroffene allen Mut zusammengebracht und das Wort ergriffen. Sie haben damit eine Debatte angestoßen, die längst überfällig war und die DIE LINKE ins Parlament gebracht hat. Das werden wir auch

weiterhin tun und den Finger in die Wunde legen. Solange, bis der Sozialabbau, der seit der Einführung von Hartz-IV und der Agenda 2010 viele Mio. Bürger:innen in die Armutsfalle gestürzt hat, rückgängig gemacht wurde.

Alle Kinder haben ein Recht auf eine glückliche Kindheit, frei von finanziellen Sorgen. Wir wollen die soziale Spaltung der Gesellschaft verhindern. Ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung ist und bleibt unser Kernanliegen. Das sind wir allen Menschen in Sachsen-Anhalt schuldig, die nicht wissen, wie sie mit ihrem Geld über die Runden kommen sollen.



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende



Monika Hohmann, Eva von Angern und Daniela Suchantke (Landesfrauenrat) im Netzwerk gegen Kinderarmut

Wir kämpfen im Landtag für:

- 699 Euro Kindersicherungsleistung statt Kinderarmut
- 1.200 Euro Mindestrente statt Altersarmut
- 644 Euro Grundsicherung statt Hartz IV
- 14 Euro Mindestlohn statt Billiglöhnen

Lebensmittel für die Tonne statt auf dem Teller?

Die Preise im Supermarkt steigen und steigen. Doch noch immer werden knapp 12 Millionen Tonnen Lebensmittel jedes Jahr vernichtet, obwohl sie größtenteils noch genießbar wären. DIE LINKE fordert ein Ende der Lebensmittelverschwendung.

Die Preissteigerungen bekommen Landwirt:innen und Verbraucher:innen täglich zu spüren. In Sachsen-Anhalt, wo die Löhne weit unter Bundesdurchschnitt liegen, schlägt der Einkauf aktuell doppelt zu Buche. Obst und Gemüse sowie ausgewogene Ernährung werden damit zu einer Frage des Geldbeutels. Das darf nicht sein! Während die großen Supermarktketten ihre Gewinne in der Pandemie in bisher ungeahnte Höhen getrieben und sich die eigenen Taschen vollgemacht haben, werden tonnenweise Lebensmittel weggeworfen.

Kerstin Eisenreich, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, streitet sich seit Monaten mit der Landesregierung um ein Wegwerfverbot für Lebensmittel: »In jeder Sekunde landen über 300 kg Lebensmittel im Abfall. Erzeuger:innen und Supermarktketten werfen Produkte weg statt sie kostenlos abzugeben, weil sie wollen, dass die Menschen lieber teuer einkaufen. Das muss gestoppt werden!« Statt des Mindesthaltbarkeitsdatums sollten Lebensmittel deshalb mit einem Ablaufdatum versehen werden. Denn viele Produkte sind oft länger gut, als bisher angeben.

»Wenn hierzulande ein Großteil der Flächen zum Anbau von Tierfutter verwendet wird, dann läuft etwas gewaltig schief!

- Kerstin Eisenreich

Die Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine haben den weltweiten Handel durcheinander gewürfelt. Damit die Preise nicht noch weiter steigen, müssen Spekulationen mit Lebens-



Zu krumm, zu klein, zu unfotogen: Obst und Gemüse landet oft in der Tonne, weil es nicht »perfekt« gewachsen ist

mitteln an der Börse verboten werden. Auch in Sachsen-Anhalt müssen wir genauer hinschauen, was wozu angebaut wird. »Wenn hierzulande ein Großteil der Flächen zum Anbau von Tierfutter verwendet wird, dann läuft etwas gewaltig schief!«, so Kerstin Eisenreich. Mittelfristig muss die Landesregierung zum Wohle der Ernährungssicherheit den Anbau von Pflanzen als Tierfutter regulieren. Außerdem dürfen die Ziele zum Klima- und Umweltschutz nicht aus den Augen verloren werden. Denn Pflanzen wachsen nur gut, wenn auch das Klima passt.

Tafeln in großer Not

Die Spenden an die Tafeln gehen landesweit zurück, parallel dazu geraten die Tafeln selbst auf Grund wachsender Sprit- und Strompreise in finanzielle Not. Mit fatalen Folgen für die, die auf Spenden angewiesen sind und mittlerweile vielerorts abgewiesen werden müssen.

DIE LINKE fordert, ein Wegwerfverbot von Lebensmitteln festzulegen und Supermärkte zu Lebensmittelspenden zu verpflichten. Zudem darf das sogenannte Containern nicht weiter

strafrechtlich verfolgt werden. Lebensmittel zu retten, ist ehrenhaft und keine Straftat! Die Tafeln müssen bei der Logistik vom Land jetzt stärker finanziell unterstützt werden.



Kerstin Eisenreich
agrarpolitische Sprecherin

Wie in Bernburg ukrainischen Flüchtlingen geholfen wird

Am 24. Februar änderte sich für die Menschen in der Ukraine alles. Millionen verließen seither auf der Flucht ihre Heimat. Bei uns in Sachsen-Anhalt haben über 25.000 Ukrainer:innen Zuflucht gesucht. Tendenz steigend.

Wir möchten wissen, wie die Situation der Geflüchteten vor Ort ist und haben uns auf den Weg nach Bernburg gemacht. Denn dort – so heißt es in einer Whatsapp-Gruppe von ukrainischen Flüchtlingen – sei die Unterstützung besonders gut. Wir gehen dem auf den Grund und sprechen mit der Oberbürgermeisterin Silvia Ristow (DIE LINKE). Auch sie hat von der Whatsapp-Gruppe gehört:

»Ein Pfarrer aus Berlin rief mich an und erzählte mir davon. Er hilft dort den ukrainischen Flüchtlingen. Das ist doch ein gutes Feedback für Bernburg.« Auf Nachfrage führt sie aus: »Für uns war vom ersten Tag an klar: Wir müssen helfen. Zu allererst geht es um die Menschen, die Bürokratie muss warten. Deshalb haben wir alle Beteiligten zweimal wöchentlich an einen Tisch gebracht, um zielgerichtet zu koordinieren. Jeder konnte teilnehmen und sagen, wo es Probleme gibt, wo geholfen werden muss. So wurden Ferienwohnungen über Nacht zu Notunterkünften, Sach- und Geldspenden eingetrieben, Deutsch-Kurse angeboten, Busse organisiert,

um Geflüchtete sicher herzubringen.« Als persönlichen Verdienst möchte Silvia Ristow das Krisenmanagement aber nicht verstanden wissen. »Ganz viele Bernburger:innen, Vereine und Unternehmen haben Hand in Hand und mit den Geflüchteten versucht, sie so gut es geht, aufzunehmen. Dafür bin ich allen sehr dankbar.« Diese gelebte Solidarität zeige ihr, dass »Moria auf Lesbos nicht das Maß aller Dinge« sei.

»Das Beste, was man machen kann, ist auf die Menschen zuzugehen. Nichts ist zermürend, als wenn Menschen zuhause alleine herumsitzen, in Angst um ihre Angehörigen in der Heimat.«

- Maik Mingo

Was es mit Menschen macht, die von heute auf morgen ihre Heimat verlassen müssen, weiß Maik Mingo. Der 44-jährige hilft ukrainischen Familien ehrenamtlich, wo er kann. Er begleitet sie bei Behördengängen, organisiert Fahrrad- oder Bootstouren.



Für Oberbürgermeisterin Silvia Ristow steht der Mensch im Vordergrund

»Das Beste, was man machen kann, ist auf die Menschen zuzugehen. Nichts ist zermürend, als wenn Menschen zuhause alleine herumsitzen, in Angst um ihre Angehörigen in der Heimat. Wenn Kinder spielen, vergessen sie für einen Moment die dramatischen Umstände ihrer Flucht.« Es bestärke ihn in seinem Engagement, wenn er sieht, dass »die Familien auch mal Freude haben, wenn wir zusammen sind.« Manchmal sei es auch sehr aufwühlend. »Neulich ist eine Frau zurück in die Ukraine gereist, um ihren Mann und ihren Vater zu beerdigen. Als sie zurückkam, sagte sie, ihre Heimat Ukraine sei jetzt Geschichte. Die Familie lebte in der jetzt völlig zerstörten Stadt Mariupol.«

Im Landtag ergreift Henriette Quade (DIE LINKE) das Wort, wenn es um das Wohl dieser Menschen geht. Sie fordert mehr Engagement von der Landesregierung:

»Die Menschen brauchen konkrete Hilfsangebote, die der besonderen psychischen Belastung von Kriegsflüchtlingen Rechnung tragen und effektiven Schutz vor Ausbeutung und sexualisierter Gewalt gewährleisten. Das gilt für alle Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.«

erklärt sie. »Geflüchtete haben das Recht, gut und sicher aufgenommen zu werden und es ist die Pflicht der Landes- und Bundesregierung, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.« Dazu zähle auch, Ehrenamtliche und Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie für diese Herausforderung gewappnet sind.

Noch ist Hilfsbereitschaft spürbar. Ob dies so bleibt, wenn der Krieg noch viele Monate andauern sollte, steht in den Sternen. Umso wichtiger ist es, den Geflüchteten jetzt eine sichere Perspektive in Sachsen-Anhalt zu ermöglichen und die Kommunen und die Ehrenamtlichen zu unterstützen.



Henriette Quade
innenpolitische Sprecherin



Gelebte Solidarität: Maik Mingo hilft ehrenamtlich ukrainischen Familien in Bernburg

Quer durch den Norden Sachsen-Anhalts! Das 9-Euro-Ticket im Test

Seit Juni soll das 9-Euro-Ticket Pendler:innen finanziell entlasten. Nur unter großem Widerstand der FDP konnte die Ampel-Koalition diese Maßnahme durchsetzen. Innerhalb weniger Wochen mussten die Verkehrsbetriebe dafür sorgen, dass die plötzliche Ticketvergünstigung auch umgesetzt werden kann. Eine große Kraftanstrengung. Anstatt den ÖPNV kostenfrei zu machen – wie es die Fraktion DIE LINKE schon lange fordert – hat die Regierung damit einen gigantischen Verwaltungsaufwand verursacht. Aber wie funktioniert das 9-Euro-Ticket in der Praxis?

1. Magdeburg

Um 8.10 Uhr soll die S-Bahn nach Stendal kommen – die Bahn verspätet sich aber um 8 Minuten. Mit einer Umsteigezeit von 10 Minuten bleibt immer noch Zeit, um in Stendal von Gleis 3 nach Gleis 7 zu sprinten. Hinter Wolmirstedt kommt der Zug dann aber zum Stehen – und das nach gerade einmal 30 Minuten Fahrt. Eine Durchsage? Fehlansage! Was feststeht: Die anfängliche Verspätung von 8 Minuten werden wir nicht halten und damit haben wir unseren Anschlusszug in Stendal verpasst.



Nur 16 Meter lang: Kleinster Zug Sachsen-Anhalts auf dem Weg nach Tangermünde

2. Stendal

Um 9.13 Uhr kommen wir an, mit 13 Minuten Verspätung. Was sind schon 13 Minuten? Eigentlich keine besonders lange Zeitspanne. Doch diese Verspätung führt dazu, dass wir eine Stunde lang auf den nächsten Zug nach Tangermünde warten müssen. Wir sind nicht die Einzigen. Viele Reisende nutzen den Stendaler Bahnhof als Umstieg in den ICE, leider gibt es in der Landeshauptstadt Magdeburg keinen ICE-Haltepunkt. Kommt die S-Bahn aus Magdeburg verspätet in Stendal an, wird der ICE verpasst, denn dieser wartet nicht auf eine S-Bahn. Zeit genug, um mit den wartenden Fahrgästen ins Gespräch zu kommen. Ein Mann aus Stendal, beruflich in der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit tätig, berichtet von seinen neuen Erfahrungen mit der Bahn: „Gerade in der Altmark kannst du das mit dem Bahnfahren vergessen. Als Sozialarbeiter fahre ich täglich zu mehreren Familien und bin hierbei auf mein Auto angewiesen.

Mit Bahn und Bus würde ich nur zwei Familienbesuche am Tag schaffen, weil die Taktungen des ÖPNV so miserabel sind. Effizient ist das nicht gerade. Ich bin froh, dass ich nicht auf das 9-Euro-Ticket angewiesen bin.“

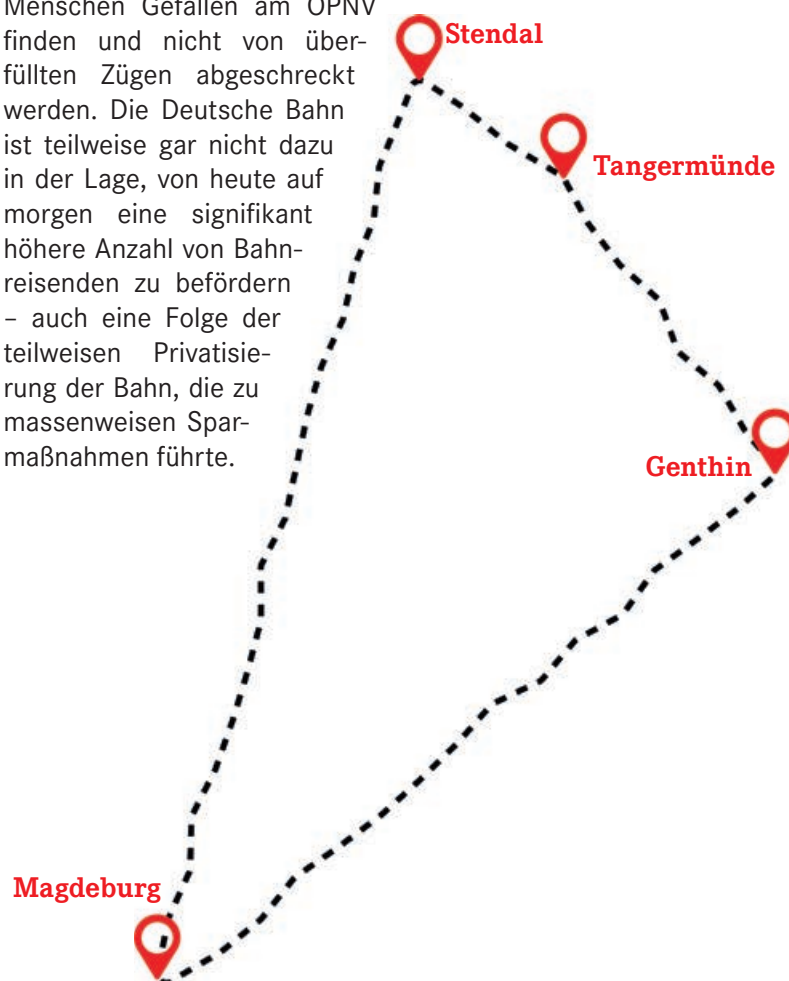
Nach Tangermünde

Um 10.15 Uhr geht es weiter gen Tangermünde – mit dem kleinsten Zug Sachsen-Anhalts! Dieser misst gerade einmal knapp 16 Meter und sollte eigentlich schon längst ausrangiert sein. Doch weil der eigentliche Zug auf dieser Strecke defekt ist, musste der Mini-Zug ran. Für diejenigen, die hier einen Kinderwagen oder ein Fahrrad mit in den Zug nehmen wollen, wird es eng. Dafür sind gleich drei Zugbegleiter:innen in der Bahn. Bei der Ticketkontrolle kommen wir ins Gespräch: „Wir haben schon einiges erlebt. Am Wochenende haben wir auf der Strecke schon einmal 50 bis 100 Leute stehen lassen müssen, weil kein Platz mehr im Zug war.“ Das ist

mehr als bedauerlich, denn das 9-Euro-Ticket sollte eigentlich dafür sorgen, dass wieder mehr Menschen Gefallen am ÖPNV finden und nicht von überfüllten Zügen abgeschreckt werden. Die Deutsche Bahn ist teilweise gar nicht dazu in der Lage, von heute auf morgen eine signifikant höhere Anzahl von Bahnreisenden zu befördern – auch eine Folge der teilweisen Privatisierung der Bahn, die zu massenweisen Sparmaßnahmen führte.

3. Tangermünde

Weiter geht es von Tangermünde nach Genthin. Um 12.32 Uhr begrüßt uns ein netter Busfahrer und freut sich über Fahrgäste, denn der Bus ist fast komplett leer. Doch wieso fährt hier der Bus? Sehr viele Bahnverbindungen und Bahnhöfe wurden seit den 1990er Jahren einfach wegrationiert. Wo kein Zug mehr fährt, werden Busse eingesetzt, was unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes natürlich kontraproduktiv ist. Aber die Menschen auf den Dörfern sind froh, wenn wenigstens einige Male am Tag ein Bus fährt. Oft sind die Taktungen aber auch hier ausbaufähig, berichtet der Busfahrer selbst. Er muss, um mor-



gens zur Arbeit nach Genthin zu kommen, das eigene Auto nutzen, weil morgens zwischen 5 und 6 Uhr einfach nichts fährt. Da der Krankenstand unter den Busfahrer:innen hoch ist, muss er zudem oft auch noch Extraschichten schieben.

4. Genthin

Knapp 45 Minuten später sind wir mit dem Bus pünktlich in Genthin angekommen. Wo sich einst ein beliebter Bahnhof mit einem stets gut besuchten Restaurant befunden hat, stehen heute nur noch die gammigen Überreste des einst so schönen Bahnhofsgebäudes. Hier kann niemand mehr nach einer längeren Zug- oder Busfahrt seine Wasservorräte auffüllen, einen Kaffee trinken oder die Toilette besuchen. Das Bahnhofsgebäude ist wie ausgestorben, Türen vernagelt und Fenster eingeschlagen. Eine Passantin berichtet, dass alle Läden dicht gemacht haben, da einfach nicht genug Menschen die Bahn genutzt haben. Jetzt stehen auch tagsüber zahlreiche Tagestourist:innen, Berlinreisende, Schüler:innen und viele andere am Gleis und würden sich über einen Kiosk freuen. Es braucht also nicht nur preiswertere Fahrpreise, sondern auch eine entsprechende Erholungskur für die Bahnhöfe – und das nicht nur in Halle und Magdeburg.

5. Magdeburg

Von Genthin nach Magdeburg nutzen wir den RE 1, der stets voll ist. Auf der Verbindung nach Berlin fahren einst auch Schnellzüge, mit denen man innerhalb von knapp einer Stunde von



Haben den Test gemacht: Theresa Große, Milena Neumes, Elias Weise und Oliver Wiebe am Bahnhof Stendal

Magdeburg nach Berlin kam. Ab Dezember 2022 fährt die Bahn selbst gar nicht mehr nach Berlin. Stattdessen übernimmt dann die Ostdeutsche Eisenbahn GmbH, das größte private Eisenbahnunternehmen im Osten. Ob die Fahrt nach Berlin dann komfortabler wird und vor allen Dingen weniger Verspätungen und übervolle Züge auftreten, wird sich zeigen. Mit Privatisierungen im ÖPNV haben die Fahrgäste, die wir getroffen

haben, jedoch eher schlechte Erfahrungen gemacht.

Fazit

Das 9-Euro-Ticket ist eine gute Sache, doch es gibt deutliche Kritik. Es sind weitere Maßnahmen nötig, etwa bei der Sanierung der maroden Bahnhöfe, engeren Taktungen auch auf dem Land und neuere Züge. Die Sachsen-Anhalter:innen sind

bereit, sich auf Umstellungen einzulassen. Die Aufgabe liegt bei der Landesregierung, die Bedingungen zu verbessern, das Schienennetz zu erweitern, Taktungen anzupassen, Bahnhöfe barrierefrei zu machen und preiswerte Tickets für alle zu ermöglichen. Die Regierungen haben seit 1990 mehr als 650 Kilometer Schienen stillgelegt und knapp 100 Haltepunkte gestrichen.

Die Fraktion DIE LINKE will diesen Rückwärtstrend endgültig stoppen! Der ÖPNV in Sachsen-Anhalt muss fit für die Zukunft gemacht werden, um die Mobilitätswende auch wirklich zu vollziehen. Alle Menschen müssen hierzulande flexibel, einfach, klimafreundlich und kostengünstig Reisen können!

Forderungen der Fraktion DIE LINKE

- Mobilität für alle: Freie Fahrt für Haushalte mit geringem Einkommen, Schüler:innen, Azubis und Studierende, ein bundesweites 365-Euro-Ticket
- Ausbau des ÖPNV: Anbindung aller Kommunen durch Züge, Busse oder Sammeltaxis, enge Beteiligung der Bürger:innen bei der Gestaltung der Taktungen
- Moderne Bahnhöfe: Sanierung der Bahnsteige, Barrierefreiheit an allen Stationen, mehr Park & Ride-Plätze, mehr abschließbare Fahrradboxen
- ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe: gesetzliche Verpflichtung zur dauerhaften Finanzierung des ÖPNV, Entlastungen für Kommunen
- Landesweite Tarife für alle: kein Ticket-Wirrwarr, einheitliche Kombi-Tickets zur Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn im Kampf gegen Armut

Die Arbeit im Callcenter hat keinen guten Ruf. Schlechte Bezahlung, Zeitdruck, genervte Kund:innen und Outsourcing an Zeitarbeitsfirmen mit miserablen Arbeitsbedingungen sollen an der Tagesordnung sein. Wir sind verabredet mit Stefan Kuhlbitz (Name von der Redaktion geändert), der viele Jahre in einem Callcenter gearbeitet hat. Wir wollen mit dem 31-jährigen über Mindestlöhne und seine ehem. Branche reden.

»Als ich 2008 anfang, verdiente ich gerade einmal 6,70 Euro die Stunde über eine Zeitarbeitsfirma. Eine Direktanstellung hatte ich damals abgelehnt, dann hätte ich noch weniger verdient. Nebenbei habe ich eine private Ausbildung gemacht, die 120 Euro im Monat gekostet hat.« Den Arbeitsalltag beschreibt Stefan Kuhlbitz als stressig: »Der Zeitdruck war wirklich enorm. Für die Beratung bis zum Buchen des Vertragsabschlusses und dem Vermerk in der Datenbank hatte ich sieben Minuten. Zwischendurch mal Durchatmen war fast unmöglich.«

»Mein Standard-Essen waren Instant-Ramennudeln. Drei Stück davon am Tag und ich war für etwa 1,50 Euro gesättigt.«

- Stefan Kuhlbitz



Gemeinsam mit Gewerkschaften kämpft DIE LINKE für höhere Löhne

Das Überleben als Geringverdiener unter ständigem Stress und Geldnöten ist auf Dauer ungesund. »Gespart habe ich, wo ich konnte. Zum Beispiel beim Essen: Mein Standard-Essen waren Instant-Ramennudeln. Drei Stück davon am Tag und ich war für etwa 1,50 Euro gesättigt. Aber ausgewogen und gesund ist was anderes.« Mit der Einführung des Mindestlohns ging es dann finanziell bergauf für Stefan Kuhlbitz: »Ich habe dann 8,50 Euro verdient und später

sogar 10 Euro die Stunde.« Angesichts der Preisexplosion ist auch der derzeitige Mindestlohn von 10,45 Euro ein Billiglohn. Schließlich sind Lebensmittel in Sachsen-Anhalt um 11 Prozent gestiegen, die Energiepreise um 40 Prozent. Die Reallöhne sinken deshalb im Sturzflug. Wer kein großes Einkommen hat, muss schmerzhaft Abstriche machen. Einer Umfrage zufolge sind fast 40 Prozent der Bürger:innen in Sorge, weil es ihnen zunehmend

schwerfalle, Dinge des alltäglichen Bedarfs zu bezahlen. Die Tafeln haben Hochkonjunktur, die Armut wächst, während die Einkommen der Superreichen in der Pandemie schlagartig angestiegen sind. Krisen wirken auf die Gesellschaft wie ein soziales Brennglas, sie verschärfen Ungleichheiten.

»Vor 20 Jahren haben wir als erste Partei den gesetzlichen Mindestlohn beantragt.«

- Wulf Gallert

In der Linksfraktion nimmt sich Wulf Gallert dem Thema im besonderen Maße an. Der erfahrene Landespolitiker ist seit fast 30 Jahren im Geschäft und kennt die Lage der Arbeitnehmer:innen in Sachsen-Anhalt wie seine Westentasche:

»Vor 20 Jahren haben wir als erste Partei den gesetzlichen Mindestlohn beantragt. Ich erinnere mich noch gut an die Reaktionen. Unsere Wirtschaft würde den Bach runter gehen, die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schießen. Im Laufe der Zeit schlossen sich immer mehr Gewerkschaften, schließlich auch andere Parteien der Forderung an. Als der Mindestlohn eingeführt wurde, blieben die Horrorszenarien aus - allen Unkenrufen der Wirtschaft



Stefan Kuhlbitz Standard-Essen bei einem Stundenlohn von 6,70 Euro pro Stunde: Instant-Ramennudeln

zum Trotz. Stattdessen stiegen die Arbeitseinkommen hier bei uns spürbar.«, erinnert er sich. »Das hat mir gezeigt: Kämpfen lohnt sich.«

»Das, was man uns im Landtag vorgelegt hat, ist eine Mogelpackung, nicht mehr.

- Wulf Gallert



Wenn die Regierung sich für den Vergabemindestlohn feiern lassen möchte, schaut er ganz genau hin: Wulf Gallert

Mit Blick auf die Preisexplosionen und die soziale Schieflage im Land fordert Gallert von der Bundes- und Landesregierung entschlossenes Handeln. »Es liegt auf der Hand, dass wir Lohnsteigerungen brauchen. Nach dieser Preisexplosion sind 14 Euro die Stunde wirklich das Mindeste, was jetzt vielen Menschen helfen würde, einigermaßen über die Runden zu kommen. Auch das Land muss seinen Beitrag leisten – etwa beim Vergabemindestlohn. Das, was man uns im Landtag vorlegelegt hat, ist eine Mogelpackung, nicht mehr.«

Der Vergabemindestlohn ist ein gesetzliches Vorhaben. Es soll gewährleisten, dass Unternehmen, die vom Land öffentliche Aufträge bekommen, tarifgebundene und damit bessere Löhne

zahlen, mindestens aber 13 Euro Mindestlohn. Mit dem Vergabemindestlohn und dem damit verbundenen bürokratischen Mehraufwand, würden Arbeitgeber verstärkt auf Tarifverträge setzen, was einen deutlichen Anstieg des Lohnniveaus insgesamt zur Folge hätte. Bei einer Lohnlücke von mehr als 18 Prozent zwischen tarifgebundenen und tariflosen Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ist das bitter nötig. Im konkreten Entwurf finden sich jedoch Schlupflöcher.

»Die Regierung will die Schwellenwerte von 50.000 auf 120.000 Euro für Bauaufträge und von 25.000 auf 40.000 Euro

bei Dienstleistungen anheben. Damit würde das Gesetz in der Praxis ins Leere laufen – Sozialdumping durch die Hintertür. Mit einem Gummiparagrafen, der vorsieht, dass das Gesetz in Krisensituationen außer Kraft gesetzt werden kann, ließe sich der Vergabemindestlohn aushebeln. Das dürfen wir ihnen nicht unwidersprochen durchgehen lassen.«, so Wulf Gallert.

Für DIE LINKE ist klar: Die Menschen in Sachsen-Anhalt dürfen mit der Preisexplosion nicht allein gelassen werden. Die Menschen haben es verdient, von ihrer Arbeit würdevoll zu leben, ohne jeden Euro zwei

Mal umdrehen zu müssen. Ein armutsfester Mindestlohn und ein wasserfester Vergabemindestlohn sind eine Frage der Gerechtigkeit für die rund 250.000 Arbeitnehmer:innen in Sachsen-Anhalt, denen es damit etwas besser gehen würde.



Wulf Gallert
wirtschaftspolitischer
Sprecher

Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode

Drucksache 14/8921

25. 04. 2002

Antrag

der Abgeordneten Pia Maier, Monika Balt, Dr. Ruth Fuchs, Dr. Klaus Grehn, Rosel Neuhäuser, Christina Schenk, Dr. Ilja Seifert, Maritta Böttcher, Gerhard Jüttemann, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns

Der erste Antrag über einen gesetzlichen Mindestlohn im Bundestag: Von der PDS – von allen anderen Fraktionen abgelehnt

Kurz & knapp ...

» Ökosiegel für Atom und Gas ist ein fatales Signal

Das EU-Parlament hat Atom und Gas als nachhaltige, ökologische Energieträger eingestuft. Diese Entscheidung ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE das falsche Signal. Gas und Atomenergie sind weder ökologisch, noch grün. Diese Entscheidung ist ein Rückschritt im Kampf gegen den Klimawandel. Besonders die Ewigkeitskosten der Atomenergie werden kleingeredet, dabei ist noch immer das Problem der sicheren Endlagerung ungelöst. Die Entscheidung bremst den Ausbau von Windenergie und Photovoltaik-Anlagen aus, dabei sollte hier endlich der Turbo eingelegt werden!

Die Bundesregierung trägt durch ihre unklare Haltung eine Mitverantwortung für diese Entscheidung. Selbst eine Regierungsbeteiligung der Grünen führt nicht automatisch zu mehr Klimaschutz. DIE LINKE fordert eine schnelle Energiewende, welche für die Menschen in Sachsen-Anhalt angesichts der explodierenden Energiepreise dringend erforderlich ist.



Kerstin Eisenreich
energiepolitische Sprecherin

» DIE LINKE fordert eine landesweite Wasserstrategie gegen Dürre



Hendrik Lange
umweltpolitischer Sprecher

Wenn wir durch Sachsen-Anhalt fahren, erleben wir die Auswirkungen der menschengemachten Klimakatastrophe hautnah. Felder verdorren, Wälder sterben und Brände entzünden sich. Unsere Feuerwehren müssen auf diese Brände besser vorbereitet sein, indem sie mehr Geld für Ausrüstung vom Land erhalten.

Um lange Trockenphasen besser zu überstehen, muss die Versiegelung des Bodens begrenzt und stärker auf Zisternen gesetzt werden. Viele Industrien im Land brauchen massenweise Wasser, bspw. das Wasserstoffcluster oder der sich gerade ansiedelnde Chip-Produzent Intel. Die Landesregierung muss die Wasser-Frage endlich ernst nehmen. DIE LINKE kämpft für eine landesweite Wasserstrategie, in der geregelt sein muss, dass die Wasserversorgung der Menschen Vorrang hat. Sachsens Fernwassernetz muss ausgeweitet werden, damit der Wasseraustausch zwischen trockenen und regenreichen Gebieten möglich ist.

» 4-Tage-Woche bringt keine Verbesserung an Schulen

Die Bildungsministerin schlägt den Schulen eine 4-Tage-Woche vor. Mit anderen Worten: Weil wir in Sachsen-Anhalt zu wenige Lehrkräfte haben, sollen die Schüler:innen an einem Tag in der Woche sich selbst überlassen bleiben. Das ist keine Lösung sondern Ausdruck von Hilf- und Ideenlosigkeit. Eine 4-Tage-Woche ist für Eltern und Erziehungsberechtigte keine zumutbare Alternative, denn diese müssen weiterhin in Vollzeit 40 Stunden in der Woche arbeiten.

Anstatt die Schulpflicht auszuhebeln, könnte die Landesregierung – wie von der Linksfraktion gefordert – die Lücken in der Stundentafel durch die Angebote von privaten Bildungsträgern füllen und durch diese für die 8. und 9. Klassen einen guten, berufspraktischen Unterricht organisieren. Dass dieses Bildungsministerium keine langfristigen Strategien gegen Lehrkräftemangel entwickelt, kommt ohnehin noch erschwerend hinzu.



Thomas Lippmann
bildungspolitischer Sprecher



Wasser marsch! Darum sind Schwimmbäder so wichtig

30 Grad und Sonne satt – wer will da nicht ins kühle Nass springen? Doch vielerorts schließen Freibäder. Corona, hohe Energiepreise und großer Sanierungsstau setzen den Bädern zu.

Ein Freibadbesuch steht bei Kleinen und Großen im Sommer ganz hoch im Kurs. Nach der Arbeit kurz eine Abkühlung nehmen oder einfach das ganze Wochenende im Freibad verbringen – das ist für viele Sachsen-Anhalter:innen immer schwieriger, denn die Zahl der Freibäder im Land sinkt rapide. Gründe sind hohe Energiepreise, aber auch Mangel an Rettungsschwimmer:innen. Den dauerhaft unterfinanzierten Kommunen im Land bleibt angesichts klammer Kassen oft keine andere Option als Bäder zu schließen. Dabei sind Schwimmbäder unbezahlbar! Schwimmen fördert die Gesundheit und macht Spaß. Allerdings nur dann, wenn man auch Schwimmen kann. Damit jedes Kind Schwimmen lernen kann, braucht es auch in ländlichen Regionen genügend Bäder. Christina Buchheim, Abgeordnete aus Anhalt, streitet seit Jahren für eine bessere Finanzierung: »Es gibt einen massiven Sanierungsstau bei den Bädern. Eine aktuelle Umfrage hat ergeben, dass es min. 147 Millionen Euro braucht, um marode Schwimmbäder zu modernisieren.« Die Fraktion DIE LINKE forderte schon 2019 einen Schwimmbadfonds der Landesregierung, aus dem die

kommunalen Schwimmbäder Geld zur Sanierung erhalten.

»Wir haben ständig Probleme, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Viele haben einfach keine Zeit mehr, sich ehrenamtlich zu engagieren.«

- Christian Meyer

In Glauzig im Südlichen Anhalt konnte die Kommune vor knapp 10 Jahren das Freibad aus finanziellen Gründen nicht mehr selbst betreiben. Dann hat sich ein Verein gegründet, um das seit 1966 durchgängig geöffnete Bad zu retten. 300 Mitglieder erhalten das Freibad über

einen Mitgliedsbeitrag. Doch die Pandemie und die derzeitige Inflation stellt die Aktiven um Vereinschef Christian Meyer auf eine harte Probe. Familien überlegen sich zweimal, ob sie sich den Schwimmbadbesuch leisten können. Christian Meyer: »Wir haben ständig Probleme, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Viele haben einfach keine Zeit mehr, sich ehrenamtlich zu engagieren. Wir wollen schon ewig einen neuen Bodensauger anschaffen, der uns die Arbeit erleichtern würde. Dafür brauchen wir aber 10.000 Euro, die wir nicht haben.« Parallel dazu ist die Nachfrage nach Schwimmunterricht groß. Dank des DRK Köthen kann einmal im Jahr Schwimmunterricht von Ret-

tungsschwimmer:innen gegeben werden. Christina Buchheim, die schon mehrmals für den Verein gespendet hat, macht deutlich: »Ohne Unterstützung von Bund und Land sind weitere Bäder von der Schließung bedroht. Die Fraktion DIE LINKE fordert eine unbürokratische und kontinuierliche Förderung zum Erhalt der Schwimmbäder! Nur so kann jedes Kind schwimmen lernen.«



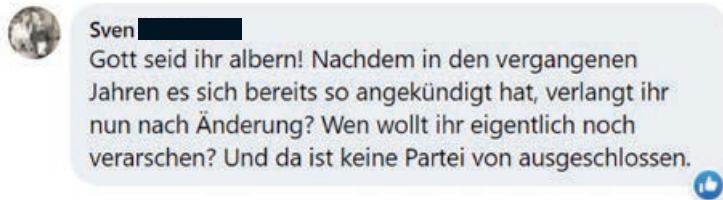
Christina Buchheim
kommunalpolitische Sprecherin



Udo Schröter und Leane Braune kümmern sich seit Jahren ehrenamtlich um das Freibad Glauzig

Unsere Positionen sind nicht immer populär ...

Egal, ob wir eine Übergewinnsteuer fordern, ...



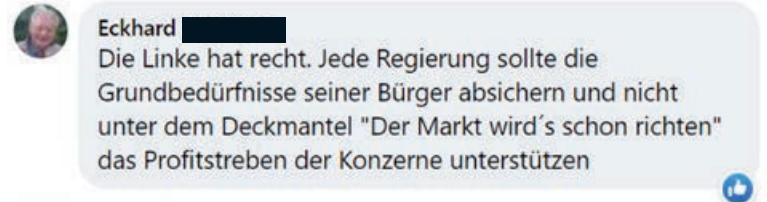
... uns für einen höheren Mindestlohn einsetzen, ...



... die 100 Milliarden lieber wo anders gesehen hätten ...



... oder Energiepreise lieber staatlich regulieren würden.



... aber nötig, um das Land gerechter zu machen.

Wo drückt der Schuh? Was brennt Ihnen auf der Seele?

Sie möchten uns erzählen, was Sie von der Politik erwarten? Sie haben ein Problem, bei dem wir Ihnen helfen können? Raus damit! Wir hören Ihnen zu. Schreiben Sie uns eine E-Mail oder einen Brief mit dem Betreff »Klipp&Klar« mit:

- Ihrem Anliegen (Worüber möchten Sie reden?)
- Ihren Namen und Kontaktadresse: E-Mail-Adresse und Telefonnummer

fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

oder postalisch an:

Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39112 Magdeburg

Wir schauen, was wir tun können und antworten Ihnen – garantiert und selbstverständlich vertraulich! Unter allen Einsendungen wählen wir außerdem drei Personen aus und laden zum Brunch in den Landtag ein. Unsere Fraktionsvorsitzende Eva von Angern steht Ihnen dann mit Rat und Tat persönlich zur Seite.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!



Soziale Netzwerke



fb.com/FraktionDIELINKE.LSA



twitter.com/LinksfraktionSt



instagram.com/linksfraktion_lsa

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003
Fax: 0391/5605008
E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe
Redaktion: Karsten Stöber, Oliver Wiebe,
Layout: Marten Dietrich
Fotos: Rayk Weber, Fraktion, Adobe Stock
Hinweis: Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Sie möchten die »Klipp&Klar« künftig digital erhalten oder haben Interesse an Informationsmaterialien unserer Fraktion?

Bitte senden Sie mir die »Klipp&Klar« künftig an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte senden Sie mir Informationsmaterialien an folgende Adresse:

Einfach ausschneiden und an Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9 39104 Magdeburg senden. Oder schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Betreff »Klipp&Klar« an fraktion@dielinke.landtag-lsa.de